



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

20. Jg. Nr. 3
30. Juni 2014

Editorial

Es gibt sie noch

Es gibt sie noch. Verabschiedung eines Vorstandsmitgliedes eines führenden Großunternehmens im Rheinland. Der Mann geht, früher als notwendig, in den Ruhestand, weil er seine dritte Lebensphase noch bei guten Kräften aktiv gestaltet will. Im Rückblick auf sein Wirken als Personalvorstand und Arbeitsdirektor betont er die Grundsätze der Katholischen Soziallehre.

Er spricht von der Bedeutung der Arbeit für den Menschen, beruft sich auf das Prinzip der Personalität, auf die Würde jedes einzelnen Arbeitnehmers, auf das Prinzip des gerechten Lohns. Unter großem Beifall spricht er von Fairness auch im Streit, vom anständigen Umgang miteinander, vom langfristigen Blick auch in scharfen Tarifverhandlungen. Er spricht von Gerechtigkeit.

Als er seinen Dank an Wegbegleiter und Familie formuliert, beginnt er mit einem Dank an "den Herrgott", der ihm das Leben geschenkt und ihn begleitet hat, auch durch schwere Zeiten. Wohlgemerkt, all das in einer säkularen Verabschiedung eines Wirtschaftsmannes.

Wie falsch ist es zu sagen: "Es gibt sie noch". Natürlich gibt es sie: Frauen und Männer in Wirtschaft, Politik, Kultur und in welchem gesellschaftlichen Bereich auch immer, die Ihre Motivation und ihr Handeln aus ihrem christlichen Glauben beziehen. Deren Wertmaßstäbe aus der Soziallehre kommen. Es gibt sie nicht "noch", es gibt sie überall. Man muss nur die Augen aufmachen – und die Ohren.

Stefan Vesper

Inhalt

- Ein starker Brückenschlag** _____ 2
Eine Bilanz zum Katholikentag
[Alois Glück](#)
- 1914 – Wo blieb der Friedensfürst?** ____ 4
Eine Veranstaltung in Regensburg
[Birgit Aschmann](#)
- Frauen an der Spitze** _____ 5
Ergebnisse einer Befragung des ZdK
[Sabine Schöblier](#)
- Aufbruch zu einer neuen globalen
Entwicklungs- und
Nachhaltigkeitsagenda?** _____ 7
Die Verhandlungen über
die Post-2015 Agenda
[Klaus Schilder](#)
- Das "Erinnerungsjahr" 2014
und die Zukunft Europas** _____ 9
Perspektiven aus der Krise
[Adam Krzemiński](#)
- TTIP - Staatsstreich durch
die Hintertür?** _____ 11
Fairer Handel statt freier Handel
[Bruno Sonnen und Manfred Thesing](#)
- Grenz-Verkehr** _____ 12
Brücken bauen mit der
Kollekte des Katholikentags
[Gabriele Zinkl](#)

2 Katholikentag Regensburg

Ein starker Brückenschlag

Eine Bilanz

"Mit Christus Brücken bauen" lautete das Leitwort für den 99. Deutschen Katholikentag, den wir vor rund einem Monat in Regensburg erleben durften. Er war ein lebendiger Brückenschlag - in der Kirche, zwischen den Konfessionen und Religionen und nicht zuletzt in die Gesellschaft und Völkergemeinschaft hinein.

Regensburg mit der Steinernen Brücke, neben dem Dom wohl das wichtigste und bekannteste Baudenkmal dieser Stadt, hat uns auch zu unserem Leitwort "Mit Christus Brücken bauen" inspiriert. Wer Brücken zu bauen will, muss für die Begegnung offen sein, bereit zu hören, aufzunehmen, andere Erfahrungen und Positionen zu achten, aufeinander zuzugehen. Von diesem Geist war der Katholikentag geprägt.

Brückenschlag in der Kirche

Der Katholikentag war ein starker Beitrag zum Brückenschlag in unserer Kirche. In einer bisher nicht dagewesenen Breite und Vielfalt sind sich hier Menschen und Gruppen mit den unterschiedlichsten Glaubenswegen und Frömmigkeitsformen in unserer Kirche begegnet. Für sie alle bestand die Möglichkeit, ihren Weg anzubieten, für andere erfahrbar zu machen. Der Katholikentag ist ein Forum für Vorbilder. Der Katholikentag war von großer Toleranz aber auch von großer Neugier aufeinander geprägt. In dieser Weise konnte der Katholikentag beispielhaft sein für das Miteinander in unserer Kirche, ja sogar beispielhaft für das Miteinander in einer immer pluraler werdenden Gesellschaft. Der Katholikentag hat sich in Regensburg – neben der erfreulichen Stabilität in der Akzeptanz durch die Teilnehmer - weiter gefestigt als Ort des innerkirchlichen Dialogs.

Starke ökumenische Ausstrahlung

Der Katholikentag hatte eine starke ökumenische Ausstrahlung. Die Sehnsucht nach einem stärkeren Zusammenwachsen der Kirchen ist erneut spürbar geworden. Ich glaube, dass er uns damit den Auftrag gegeben hat, uns

sehr ernsthaft auf das Reformationsjubiläum 2017 vorzubereiten. In diesem Jahr erwarten die Menschen – nicht nur in unseren Kirchen - ein deutliches Zeichen der Einheit. Diesen Auftrag werden wir ganz sicher auch auf den Weg zum nächsten Katholikentag 2016 in Leipzig mitnehmen.

Dialog der Religionen

In Regensburg konnten wir aber auch die wichtige und gute Tradition des Dialogs zwischen den Religionen fortsetzen und festigen. Die Brücken zu unseren jüdischen und muslimischen Schwestern und Brüdern konnten in einem gemeinsamen Zentrum, das sich sowohl dem christlich-jüdischen wie dem christlich-islamischen Dialog gewidmet hat, ausgebaut werden.

Ein ganz wichtiger Baustein für den gesellschaftlichen Diskurs über die Bedeutung der Religion für die säkulare Gesellschaft war der Dialog mit dem Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Ein Deutscher Katholikentag in Regensburg

Nach 30 Jahren war der Katholikentag endlich wieder einmal in Bayern zu Gast. Das hat diesen 99. Deutschen Katholikentag nachhaltig geprägt. In Regensburg konnten wir einer Stadt begegnen, die wie kaum eine andere den langen Atem der Geschichte und der Tradition mit der Dynamik unserer Zeit verbindet. Zwischen Steinerne Brücke, Dom und Universität war Regensburg mehr als eine Kulisse für den Katholikentag. Gerade im Kulturprogramm konnte man die Begegnung von Tradition und Moderne sinnfällig erfahren. Beispielhaft steht dafür die Spannweite des musikalischen Angebotes, das von der Mitwirkung der Domspatzen bis zur Uraufführung des Glocken-Te Deums reichte.

Charakteristisch für diesen Regensburger Katholikentag war gleichzeitig auch die starke Präsenz volkskirchlicher Elemente, die sich in dem umfangreichen Angebot an Wallfahrten und Pilgerwegen niedergeschlagen hat und die in der völkerverbindenden Katholikentagswallfahrt nach Neukirchen am Heiligen Blut ihren Höhepunkt fand.

Ein europäischer Katholikentag

Dieser Katholikentag war ein europäischer Katholikentag.

Katholikentag Regensburg

Unser Wunsch, ihn insbesondere im Blick auf die mitteleuropäische Perspektive, also hin zu den unmittelbaren Nachbarn im Osten Regensburg zu öffnen ist gelungen. Das konnte nur geschehen, weil unsere Einladung zur Mitwirkung und zur Teilnahme besonders bei unseren tschechischen Nachbarn offen aufgenommen wurde. Wir sind überrascht, wie viele gekommen sind. Wer in die Besucherströme hineingehört hat, konnte das auch hören. Der Blick auf die Krise in der Ukraine hat unseren Blick dafür geschärft, wie notwendig die Besinnung auf die europäischen Werte, auf Selbstbestimmung und Menschenrechte, aber auch auf die Solidarität, nicht nur in östlicher Richtung, ist. Solidarität muss unteilbar ein. Deutlich geworden ist auch, dass das europäische Projekt auch ein Projekt der Ökumene werden muss. Auch die Kirchen müssen noch deutlicher in ökumenischer Einheit ihren Beitrag für den Frieden leisten.

Den Blick auf die Zukunft Europas in einer immer rasanter zusammenwachsenden Welt hat das Podium "Hat die Welt noch einen Platz für Europa?" mit Bundeskanzlerin Angela Merkel geweitet.

Einsatz für die Würde des Menschen

Auch eine europäische Perspektive, die aber in unserem eigenen Land beginnen muss, hat der Auftrag an uns Christen, sich für die Würde des Menschen einzusetzen. Dieser Auftrag wird zu einem Prüfstein für die Glaubwürdigkeit unseres Auftrags aus dem Evangelium. In unserer Gegenwart muss er sich im Schutz des ungeborenen Lebens, im Einsatz für die Familie und in der Zuwendung zu Schwerstkranken und Sterbenden bewähren. Der Katholikentag hat erneut gezeigt, dass dies die gemeinsame Überzeugung aller Katholiken ist. Über die richtigen Wege dürfen wir auch untereinander streiten, offen und fair. Dass das möglich ist, ist ein wichtiges Ergebnis von Regensburg.

Gewicht im gesellschaftlichen Dialog

Erneut hat der Regensburger Katholikentag belegt, dass es die großen, Massen mobilisierenden Streitfragen in unserer Gesellschaft derzeit nicht gibt. Trotzdem ist der Gestaltungsauftrag besonders in der Frage nach einem nachhaltigen Lebensstil und einem zukunftsfähigen Weg zu wirtschaften deutlich geworden.

Wir sollten den Aufruf des Bundespräsidenten ernst nehmen und uns einmischen, gerade in die Politik. Die große Präsenz von Politikerinnen und Politikern, aber auch von Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur hat erneut belegt, dass das Wort der Christen Gewicht hat in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Zukunft von Staat und Gesellschaft.

Das zentrale Anliegen des Katholikentags war von Beginn an die Mitverantwortung der Christen für die Lebensbedingungen und die Lebenschancen der Menschen. Beim Katholikentag ging es um unseren politischen Auftrag als Getaufte und Gefirmte.

Regensburg hat erneut deutlich gemacht, dass wir uns als Christen der Herausforderung stellen wollen, wie wir aus unserem Glauben heraus und in Verantwortung vor Gott und den Menschen an der Gestaltung einer friedlichen, gerechten und menschenwürdigen Welt mitwirken können. Mehr als zwei Drittel aller Veranstaltungen beim Katholikentag haben sich auf diese Frage gerichtet. Sie haben unseren Blick geschärft für die Solidarität zwischen den Generationen, die Solidarität der Starken mit den Schwachen und die Solidarität unter den Völkern Europas und der Welt.

Bereichernd war hier wieder die große Zahl der Mitwirkenden aus unseren Nachbarländern in Europa aber auch aus Asien, Lateinamerika und Afrika. Sie konnten den Blick auf viele Diskussionen weiten und haben ihnen eine Perspektive verliehen, die bei kaum einer anderen Veranstaltung in unserem Land in dieser Weise sichtbar wird.

Der Auftrag von Regensburg

Ein Katholikentag ist niemals ein Schlusspunkt. Er ist Zeitansage und Auftrag. Innerkirchlich und gesellschaftlich-politisch.

Ich verstehe die Signale des Regensburger Katholikentags als Auftrag, den Dialog in unserer Kirche in aller Offenheit und Toleranz fortzusetzen, die Ökumene zu fordern und zu fördern, Europa neu als eine solidarische Gestaltungsaufgabe zu begreifen und uns in unserem Land für den Schutz der Menschenwürde besonders am Ende des Lebens einzusetzen.

| Alois Glück
Präsident des ZdK |

4 Katholikentag Erinnerung

1914 – Wo blieb der Friedensfürst?

Eine Veranstaltung in Regensburg

Noch Ende Juli 1914 hatten sich in Lourdes Katholiken vieler Länder zum 25. Internationalen Eucharistischen Kongress versammelt, wo sie die Verbundenheit in dem einen Glaubensbekenntnis feierten. Eine Woche später brach der Krieg aus. An die Stelle des übernationalen Zusammengehörigkeitsgefühls trat überall in Europa, auch bei den Katholiken, die Solidarität mit den kriegführenden Regierungen.

Wieso wurde der Universalismus des biblischen Heilsversprechens und das christliche Friedensgebot so bereitwillig preisgegeben? Welche Haltung nahmen die Bischöfe ein? Welche Rolle spielte die Religion in den Schützengräben? Und was tat der Papst?

Ein "gerechter Krieg"?

Drei Historiker und ein Bischof bemühten sich um Antworten: Der Kirchenhistoriker Hubert Wolf, die Kulturwissenschaftlerin und Ethnologin Monique Scheer, der Neuzeithistoriker Siegfried Weichlein und der Präsident von Pax Christi Bischof Heinz-Josef Algermissen. Das Gespräch ergab, dass sich die Katholiken als Reaktion auf die Vorwürfe, national unzuverlässig zu sein, besonders loyal gegenüber dem Kaiser zeigten, zumal dieser keinen Zweifel daran gelassen hatte, dass die Deutschen die Angegriffenen waren. So wurden die Soldaten von den katholischen Theologen in dem Glauben, dass dies ein "gerechter Krieg" sei, an die Front geschickt.

Trost in religiöser Praxis

Dort spielten katholische Praktiken eine zentrale Rolle, schon weil sie halfen, die übermächtige Angst in den Griff zu kriegen. Diese dürfte ein Grund dafür gewesen sein, dass die Bevölkerungen Europas schlagartig wieder fromm zu werden schienen. Die Soldaten errichteten Altäre in den Schützengräben, hatten allzeit den Rosenkranz bei sich. Auf den ersten industriellen Massenkrieg reagierten die Soldaten mit einer Zuflucht zu höchst traditionellen Zeichen und Symbolen,

Vergebliche Mahnungen

Nun versuchte die Kriegstheologie, das Leiden im Krieg als Möglichkeiten von Bußleistung und Christusnachfolge darzustellen, wodurch offenbar vielen Sterbenden und Hinterbliebenen das Gefühl vermittelt wurde, dass der Opfertod einen Sinn habe. Diesen Sinn konnten einige wenige Feldgeistliche immer weniger erkennen. Der Dominikaner Franziskus Strattmann und der Priester Max-Joseph Metzger, die sich zunächst freiwillig für den Fronteinsatz gemeldet hatten, wandelten sich zu entschiedenen Pazifisten. Vorerst aber fanden die Stimmen, die nach Frieden riefen, kein Gehör. Selbst nicht die des Papstes. Benedikt der XV. war am 3. September 1914 zum Papst gewählt worden und hatte unmittelbar danach begonnen, den Regierenden ins Gewissen zu reden. Kein anderer hat dermaßen deutlich den Krieg als "Blutbad" und "Gemetzeln", bzw. als "Selbstmord Europas" verurteilt. Aber niemand wollte ihn hören. Nicht die Regierenden, aber auch nicht die deutschen oder französischen Bischöfe, die damit beschäftigt waren, die "wahre Katholizität" der eigenen Kriegspartei herauszustreichen. Erst im Sommer 1917, als Unruhen in ganz Europa die Kriegsmüdigkeit unterstrichen, schien sich ein Fenster für eine Friedensinitiative zu öffnen. Benedikt XV., bzw. sein Nuntius in München, Eugenio Pacelli (der spätere Pius XII.), und Matthias Erzberger versuchten zunächst, auf die deutsche Regierung einzuwirken, danach erging die offizielle Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917 an alle kriegführenden Nationen. Aber alle, allen voran Hindenburg und Ludendorff, waren überzeugt, den Krieg noch gewinnen zu können, und deshalb nicht zu Kompromissen bereit.

Natürlich sind es Spekulationen, aber es lohnt doch, sich zu fragen, was passiert wäre – oder besser: was vielleicht nicht passiert wäre – wenn es 1917 zu dem vom Papst so ersehnten "gerechten und dauerhaften" Frieden gekommen wäre. Hätte die russische Novemberrevolution noch aufgehalten werden können? Hätte der Nationalsozialismus dann noch einen so fruchtbaren Boden in Deutschland gefunden? Eines aber ist klar: Die deutschen Katholiken, Kleriker wie Laien, haben vor und während des Ersten Weltkrieges nicht genug für den Frieden getan.

| Prof. Dr. Birgit Aschmann

| Prof. für Europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität, Berlin, Mitglied des ZdK

Frauen Leitung

Frauen an der Spitze

Ergebnisse der Befragung "Frauen in Leitungspositionen im ZdK, in den Diözesanräten und in den Organisationen der AGKOD"

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) setzt sich seit vielen Jahren für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Frauen und Männern in der Kirche ein. Gegenwärtig wird dieses Anliegen verstärkt in den Dialogprozess der deutschen Bischöfe eingebracht und unter anderem eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an kirchlichen Leitungspositionen gefordert. Doch wie sieht es in den eigenen Reihen aus? Wie ist es um die Teilhabe von Frauen an Leitungsaufgaben im ZdK und bei seinen Mitgliedern bestellt?

Das ZdK legt nun die Ergebnisse einer Befragung vor, die einen Einblick in die aktuelle Situation der Teilhabe von Frauen an den Leitungsstrukturen der Laienarbeit der katholischen Kirche bieten. Dabei handelt es sich um einen Ausschnitt des vielfältigen Engagements katholischer Laien in Deutschland: Befragt wurden das ZdK und der Katholikentag, die direkten Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) auf Bundesebene und die im ZdK vertretenen Laienräte (Diözesanräte auf Diözesanebene; der Katholikenrat beim katholischen Militärbischof für die deutsche Bundeswehr und der Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprachen auf Bundesebene) – insgesamt 130 Organisationen.

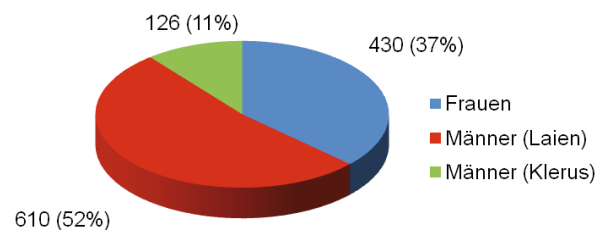
Große Beteiligung

Schon die außerordentlich hohe Beteiligung an der Online-Befragung macht das große Interesse der ZdK-Mitglieder an einer Bestandsaufnahme zur gegenwärtigen Situation der Teilhabe von Frauen an Leitungspositionen sichtbar. Fast 90 Prozent der Befragten haben im Zeitraum vom 14.03. bis 03.04.2014 den Online-Fragebogen beantwortet. Schwerpunkt der quantitativen Untersuchung waren die Fragen nach der Geschlechterverteilung in Leitungsgremien, beim Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz, in der Geschäftsführung und in Leitungspositionen der Geschäftsstellen. Hinzu kamen Fragen nach Aussagen zur Geschlechterverteilung in Statuten oder Geschäftsordnung sowie nach Frauenför-

derung. Die Konzeption und Umsetzung erfolgte in Zusammenarbeit mit Dr. Stefanie Conein, Büro für Evaluation und wissenschaftlichen Service.

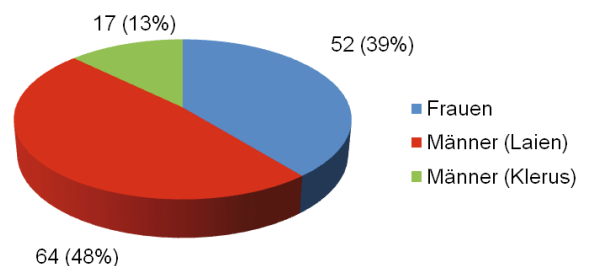
Mehr als 30 Prozent Frauen in Führungsaufgaben

Mitglieder der Leitungsgremien gesamt, N=103



Die Ergebnisse der Befragung zeigen zum Teil überraschend deutlich, dass auf allen untersuchten Ebenen bereits eine größere Zahl von Frauen in Leitungspositionen vertreten ist. Sowohl bei den befragten Diözesanräten, als auch bei den katholischen Organisationen finden sich mehr als 30 Prozent Frauen in Führungsaufgaben. Insgesamt ergibt sich für die ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Leitungspositionen im untersuchten Bereich fast durchgehend ein Frauenanteil in der Größenordnung von 35-40 Prozent. Dies gilt für die Leitungsgremien (37 Prozent Frauenanteil), für die Vorsitzenden der Leitungsgremien (39 Prozent Frauenanteil), für die Geschäftsführenden und Leitenden der Bundesgeschäftsstellen (44 Prozent Frauenanteil). Diese recht hohe Anzahl von Frauen in Leitungspositionen ist dabei nur bei wenigen der Befragten mit einem statuarisch abgesicherten Frauenanteil oder mit einer gezielten Frauenförderung verbunden.

Vorsitzende gesamt, N=111



6 Frauen Leitung

Über der Quote

Damit liegt der untersuchte Bereich des Laienkatholizismus bereits jetzt über der Quote von 30 Prozent für Frauen in kirchlichen Führungspositionen, die der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode, Vorsitzender der Unterkommision "Frauen in Kirche und Gesellschaft" der Deutschen Bischofskonferenz, beim Katholikentag in Regensburg als mittelfristiges Ziel für die Bischöfe und ihre Einrichtungen benannt hat. Die katholische Kirche hat an vielen Stellen bereits ein weibliches Gesicht, auch an der Spitze.

Veränderungsbedarf

Diese ausgesprochen positiven Ergebnisse dürfen jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass bei der vertieften Auswertung durchaus auch Problemlagen hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe deutlich werden. So handelt es sich erstens bei den Ergebnissen um Durchschnittswerte, von denen Einzelfälle zum Teil erheblich abweichen. Es finden sich sowohl bei den Diözesanräten, als auch bei den Organisationen der AGKOD eine Reihe von Befragten, in deren Leitungsgremien gar keine oder nur sehr wenige Frauen Mitglieder sind, jedoch außer bei fünf Frauenverbänden nie Leitungsgremien ohne Männer. Zweitens lässt sich feststellen, dass zwar viele Frauen in der Geschäftsführung von Räten und Organisationen engagiert sind, überproportional häufig aber ehrenamtlich und dort, wo es keine Geschäftsstellen oder solche mit nur wenigen Mitarbeitenden gibt. Die größeren Bundesgeschäftsstellen, insbesondere die großen mit 70 Mitarbeitenden und mehr, werden hingegen sehr häufig von Männern geführt. In diesen unterschiedlichen Fällen besteht noch ein deutlicher Veränderungsbedarf, um zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen zu gelangen. Insgesamt ist zu beachten, dass es sich bei den untersuchten Leitungspositionen in weiten Teilen – insbesondere bei den Leitungsgremien und ihren Vorsitzen – um ehrenamtliches Engagement handelt.

Mit diesen Ergebnissen liegen nun erstmalig Zahlen zum aktuellen Stand der Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungspositionen in einem bedeutenden Segment des organisierten Laienkatholizismus vor, die künftig als Vergleichsdaten herangezogen werden können. Eine erneute Befragung soll im Jahr 2018 durchgeführt werden, um mögliche Entwicklungen aufzuzeigen. Denn auch wenn die

Teilhabe von Frauen bereits recht hoch ist, ein gutes Drittel darf nicht zum gemütlichen Drittel werden, auf dem man sich ausruht – ein Drittel ist keine Parität.

Zielvorgabe: Paritätische Teilhabe

Um das Ziel einer weitgehend paritätischen Teilhabe möglichst umfassend zu verwirklichen, sind durchaus noch größere Anstrengungen erforderlich. Und dies sicher auch nicht allein auf den bislang untersuchten Ebenen, sondern auch in den diözesanen und regionalen Ebenen der Organisationen und den pfarrlichen Strukturen der Räte. Das ZdK-Präsidium hat daher an alle katholischen Laienräte und -organisationen appelliert, Frauen gezielt zu fördern und sich auch künftig für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in den eigenen Leitungsstrukturen einzusetzen (soweit sie nicht Frauen- oder Männerverbände sind). Besonders hinzuweisen ist dabei auf das gegenwärtige Projekt des Deutschen Caritasverbandes "Gleichgestellt in Führung gehen", das ein gleichberechtigter Zugang von Frauen und Männern zu Führungspositionen der Caritas anzielt. Darüber hinaus müssen die bereits erreichten Schritte wahrnehmbarer werden. Dazu gehört, dass Frauen in Leitungspositionen öffentlich als Vertreterinnen der Katholiken und als Expertinnen in ihren Themen sichtbar sind. Eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern an Leitungspositionen auf allen Ebenen des Laienkatholizismus und in allen kirchenrechtlich möglichen Bereichen der katholischen Kirche – wie sie in der ZdK-Erklärung "Für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Frauen und Männern in der Kirche" im Jahr 2011 eingefordert wurde – bleibt ein wichtiges Ziel, dem sich das ZdK mit den Ergebnissen dieser Befragung näher und zugleich weiterhin verpflichtet weiß.

Diese und die weiteren Ergebnisse der Befragung sind auf der Homepage des ZdK veröffentlicht: www.zdk.de.

Dr. Sabine Schößler

Referentin für Bildung, Kultur und Medien im
Generalsekretariat des ZdK

Entwicklung

Post-2015 Agenda

Aufbruch zu einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda?

Die Verhandlungen über die Post-2015 Agenda

Derzeit ist die internationale Diskussion über eine neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda, die nach 2015 an die Stelle der Millennium-Entwicklungsziele treten soll, in vollem Schwung. Es liegen eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen für neue globale Nachhaltigkeitsziele vor, die von Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechten bis zu Konfliktvermeidung und Friedensschaffung reichen.

Einigkeit darüber, was die Post-2015 Agenda letztlich ausmachen und welcher Katalog von globalen Nachhaltigkeitszielen darin enthalten sein wird, ist allerdings noch nicht erkennbar. Klar ist nur, dass mit Blick auf die veränderten geopolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine neue Agenda den untrennbaren Zusammenhang zwischen Armutsbekämpfung und ökologischer Nachhaltigkeit unterstreichen muss. Ökologische und entwicklungspolitische Strategien müssen integriert betrachtet werden, das Silodenken und -handeln überwunden werden. Derzeit wird in den Verhandlungen bei den Vereinten Nationen aber noch zweigleisig gefahren: Neben der Frage der zukünftigen Entwicklungsagenda Post-MDG wird international in einem parallelen Diskussionsprozess innerhalb einer zwischenstaatlichen offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (OWG-SDG) über die Formulierung von globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals) diskutiert. Diese Prozesse sollten im September 2014 in New York zusammengeführt werden, ein für Ende des Jahres erwarteter Bericht des UN-Generalsekretärs die Basis für die Regierungsverhandlungen bilden.

Regierungsziele

Die Bundesregierung hat Anfang des Jahres ihre Position zur Post-2015 Agenda vorgelegt, konzentriert sich darin aber im Wesentlichen auf Vorschläge für einen Katalog globaler Nachhaltigkeitsziele. Aufbauend auf dem Vorschlag des UN-Generalsekretärs vom Juli 2013 sollte eine Post-

2015 Agenda aber aus vier Elemente bestehen:

- einer politische "Post-2015-Erklärung" der Staats und Regierungschefs, die den normativen Rahmen der Agenda beschreibt
- einem Katalog universeller Nachhaltigkeitsziele
- einem Aktionsprogramm, das auch Vereinbarungen über notwendigen (finanziellen und nicht-finanziellen) Mitteln zur Umsetzung der Agenda enthält
- einem globalen Rechenschafts- und Überprüfungsmechanismus

Zudem fehlen in der Regierungsposition bislang noch ambitionierte Nachhaltigkeitsziele auch für Deutschland. Das gilt sowohl für konkrete Ziele, die sich auf ein Bekenntnis zu Nachhaltigem Wirtschaften, Klima- und Umweltschutz in Deutschland selbst beziehen, als auch für Ziele, die die globale Verantwortung Deutschlands in der Welt benennen. Deutschland sollte daher schon jetzt einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess beginnen, der globale Nachhaltigkeitsziele auf alle Politikbereiche in Deutschland herunterbricht.

Ergänzungen

Kürzlich hat die OWG-SDG einen ersten Vorschlag für einen Katalog neuer Nachhaltigkeitsziele vorgelegt. In einem eigenständigen Ziel wird darin die Verringerung globaler Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten gefordert. Trotz eines Bekenntnisses zur universellen, d.h. gemeinsamen, Verantwortung bleibt allerdings unklar, in welchem Maße einzelne Staaten bereit sein werden, entsprechend ihrer nationalen Gegebenheiten und sozioökonomischen Leistungsfähigkeit unterschiedliche Verantwortung für die Realisierung der Post-2015 Agenda zu übernehmen. Dies birgt erheblichen Sprengstoff für die bevorstehenden Regierungsverhandlungen. Denn das alte Nord-Süd-Paradigma gilt längst nicht mehr. Eine neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda muss universell für alle Staaten Zielverpflichtungen formulieren, und das unter Berücksichtigung ihres jeweiligen Entwicklungsstands und ihrer sozioökonomischen Möglichkeiten. Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung ist zwar seit Rio 1992 international anerkannt, aufgrund der daraus erwachsenden Verpflichtungen aber einer der zentralen Stolpersteine in den Post-2015 Verhandlungen. Einerseits

8 Entwicklung Post-2015 Agenda

müssten die klassischen Industrieländer quasi als vertrauensbildende Maßnahme bereit sein, ihrer historischen Verantwortung für Umwelt- und Klimaschäden entsprechend vorab Ausgleichszahlungen an Entwicklungsländer zu leisten. Auch die Erfahrungen der MDGs zeigen, dass einerseits die Industriestaaten in die Pflicht genommen werden müssen, sei es für die Erfüllung jahrzehntelang verschleppter Entwicklungsfinanzierungsversprechen, sei es für die Umsetzung dringender Strukturreformen, die für mehr Gerechtigkeit und Fairness in den internationalen Beziehungen sorgen würden. Andererseits müssten künftig auch Schwellen- und Entwicklungsländer im Sinne einer gerechten Lastenteilung entsprechend ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft zur Übernahme differenzierter Verantwortung für nachhaltige Entwicklung bereit sein.

Grenzen der gegenwärtigen Wachstumsorientierung

In einer zukunftsweisenden Post-2015 Agenda geht es aber um weit mehr als die Formulierung neuer Zielvorgaben. Die planetare Umwelt- und Ressourcenkrise führt uns drastisch vor Augen, dass es ein "Weiter So" des gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensstilsmodell künftig nicht mehr geben kann. Aus christlicher Perspektive müssen die Grenzen der gegenwärtigen Wachstumsorientierung endlich anerkannt und daraus politisches Handeln für eine zukunftsgerechtere und nachhaltigere Wirtschafts- und Lebensweisen abgeleitet werden. Die Gleichung Wachstum = Entwicklung = Wohlstand für immer mehr Menschen geht nicht mehr auf. Deutlich benennt auch Papst Franziskus mit seiner im Zitat "Diese Wirtschaft tötet" formulierten radikalen Kapitalismuskritik die offenen Wunden des gegenwärtigen ressourcenintensiven Wirtschaftssystems. Statt kosmetischer Kurskorrekturen fordern christliche Organisationen daher eine radikale Abkehr vom Wachstumsdogma und der Hinwendung zum Leitbild des Weltgemeinwohls. Bis heute ignorierten aber viele Politiker und Wirtschaftsvertreter die mit dem bisherigen extraktivistischen, d.h. auf dem Raubbau von Rohstoffen und endlichen natürlichen Ressourcen basierenden, Wirtschaftsmodell verbundenen ökologischen und sozialen Schäden, unter denen vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern zu leiden haben. Konkrete Vorschläge für einen transformatorischen Kurswechsel gehen in zwei Richtungen: Weniger bei uns (weniger Konsum, weniger Ressourcenverbrauch, weniger Verschwendung) und mehr in vielen Entwicklungsländern (mehr Gerechtigkeit,

mehr Nahrung, mehr Rechte für alle). Ein solcher radikaler Prozess des Umdenkens geht allerdings weit über die derzeit verhandelte Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda Post-2015 hinaus.

Menschenrechte

Unter der Maßgabe, dass die universellen Menschenrechte den größtmöglichen politischen Konsens auf internationaler Ebene darüber darstellen, wie das Weltgemeinwohl verwirklicht werden kann, kommt der Verankerung einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda in den Normen und Prinzipien der Menschenrechte – neben den bürgerlich-politischen besonders auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte - eine herausragende Bedeutung zu. Der in den Regierungsverhandlungen ab Ende 2015 entstehende politische Zielkatalog sollte auf den Prinzipien des Menschenrechtsansatzes (Teilhabe, Transparenz, Diskriminierungs-freiheit) aufbauen, da diese die Überführung der unverbindlichen Zielvorgaben und ihrer Erfüllung in einen rechtsverbindlichen Rahmen ermöglichen. Aber wer soll am Ende die Verantwortung für neue globale Zielvorgaben für gerechte Entwicklung und Nachhaltigkeit übernehmen? Nötig sind daher angemessene Mechanismen für Transparenz, eine regelmäßige Überprüfung der Umsetzung sowie politischer Druck auf Staaten bei Nichteinhaltung der sich aus globalen und nationalen Nachhaltigkeitszielen ergebenden Verpflichtungen. Nicht nur die Regierungen sind in der Pflicht, vielmehr müssen alle gesellschaftlichen Gruppen zum Gelingen einer neuen Globalen Partnerschaft beitragen: Unternehmen, Stiftungen, internationale Organisationen, die Wissenschaft, Parlamente und die Zivilgesellschaft. Teilhabe aller Menschen an der Gestaltung des Prozesses ist daher unverzichtbar als Voraussetzung für die Verwirklichung einer menschenrechtbasierten globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda.

Dr. Klaus Schilder

Referent für Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Entwicklung bei Misereor

Das "Erinnerungsjahr" 2014 und die Zukunft Europas

Perspektiven aus der Krise

Wie verändern die Schuldenkrise und insbesondere die Ukraine-Russland-Krise das europäische Bewusstsein? Dieser Frage geht der polnische Publizist Adam Krzemiński nach.

Um die Jahreswende sah die EU eher dem Jahr der Jahrestage als einem historischer Entscheidungen entgegen. Die Daten 1914, 1939, 1944, 1989 und 2004 bildeten das Gerüst für eine in sich schlüssige Erzählung.

Erzählung mit Schönheitsfehlern

Demnach führte vor hundert Jahren ein lokaler Konflikt zur "Urkatastrophe Europas" und zu einem Weltenbrand. Die Folge waren zwei totalitäre Ideologien und bald darauf ein erneuter Weltkrieg. Der wiederum mündete in einen von Hitler-Deutschland kalt geplanten und durchgeführten rassistischen Völkermord und anschließend in die Stalinisierung Ostmitteleuropas. Der jahrzehntelange Kalte Krieg zwischen den von Amerika geschützten westlichen Demokratien und dem sowjetisch bestimmten Ostblock endete jedoch mit dem Kollaps des Kommunismus sowie der Vereinigung Deutschlands und Europas.

Die Osterweiterung der euroatlantischen Strukturen korrigierte schließlich die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts: Der Westen findet zu einer Gemeinsamkeit nicht infolge von Eroberungen, sondern durch den freiwilligen Beitritt immer neuer Länder zur NATO und zur EU, die trotz ihrer inneren Ungereimtheiten enorme Anziehungskraft auf die Anrainerstaaten ausübt. Die Neubewerber auf dem Balkan, vor allem aber auch der Euromaidan in Kiew sind Belege dafür...

Diese selbstbewusste Erzählung hatte allerdings einen Schönheitsfehler. Die Schuldenkrise in der Eurozone brachte eine Renationalisierung in Kern-Europa zum Vorschein, die nicht nur an antideutschen Plakaten in den verschuldeten Ländern Südeuropas erkennbar war, sondern auch an

der steigenden Akzeptanz für rechtsextreme Gruppierungen im nördlichen "Kern-Europa" selbst.

Erschütterungen

Bereits Ende März wurden angesichts des Gemetzels in Kiew und der anschließenden russischen Annexion der Krim sowohl die jubelnden Sonntagsredner als auch die misstrauischen Schwarzseher kleinlaut. Die Ukraine-Russland-Krise verunsicherte die Hurraoptimisten, die die Zeiten gewaltsamer Grenzverschiebungen in Europa für endgültig überwunden gehalten hatten. Und die günstigen Nachrichten aus den "Schuldnerstaaten" am Mittelmeer verunsicherten die Pessimisten, die den Euro bereits begraben haben und auf die Wiederkehr des ungehemmten nationalen Egoismus in der EU hinweisen.

Der eklatante Bruch des Völkerrechts gegenüber der Ukraine durch Moskau, die gewaltsame Destabilisierung der Ostukraine durch die "Separatisten" und den russischen Aufmarsch entlang der ukrainischen Grenze haben auch die Denkweise der Westeuropäer verändert.

Es wäre nun absurd, hämisch zu sagen: Am russischen Westen wird der Westen genesen. Doch der Prozess des Umdenkens im Westen ist im Gange, wie an den Debatten in Deutschland um die "Russlandversteher" erkennbar wird. Letztere sehen Russland nach wie vor in den Größenordnungen des 19. und 20. Jahrhunderts – als eine universelle Großmacht –, während sie den Ukrainern den Status einer Staatsnation absprechen und ihr Land als "Saisonstaat" abtun.

EU als Bedrohung

Putins Russland ist jedoch keine aufsteigende Macht – sein Moskau ist weder ein "Drittes Rom" noch die Metropole einer globalen kommunistischen Verheißungslehre. Es wird vom Phantomschmerz nach dem untergegangenen Imperium geschüttelt und von der dürftigen Ideologie eines russischen Nationalismus getrieben, der sich der nationalen Werte rühmt, auch wenn sie nur die russische Sprache, die sowjetische Mentalität mit orthodoxen Einsprengseln und Hochmut gegenüber den "Anderen" bedeuten. "An keinem Ort. Nirgends" strahlt das heutige Russland eine soft

Katholikentag Programm

power auf die Nachbarnationen aus. Es wiegelt zwar "die Russen" in den Nachbarstaaten auf, besitzt aber keine zivilisatorische Anziehungskraft; es hat Rohstoffe und militärische Macht, es ist ein Absatzmarkt und für strategisch ausgewählte Partner – wie deutsche Unternehmen – auch ein zuverlässiger Kontrahent, der allerdings "den Westen" dennoch als Bedrohung wahrnimmt und daher auseinanderdividieren möchte. 2009 betrachtete Moskau die NATO als Hauptbedrohung für Russland, fünf Jahre später kam auch die EU noch hinzu ...

Und die EU ist für das rückwärtsgewandte russische Selbstverständnis tatsächlich eine zivilisatorische Herausforderung erster Güte. Das sieht man auf Anhieb an ihren östlichen Grenzen. Vor 25 Jahren war der Lebensstandard in der hochverschuldeten und innerlich gespaltenen Volksrepublik Polen in etwa gleich niedrig wie in der Ukrainischen Sowjetrepublik. Heute ist sowohl das polnische Bruttoinlandsprodukt als auch das Pro-Kopf-Einkommen dreimal höher als das ukrainische; der deutsch-polnische Handelsumsatz ist größer als der deutsch-russische. Die Befreiung von der brüderlichen Umarmung aus dem Osten und der EU-Beitritt machten es Polen möglich, mit dem Stereotyp der "polnischen Wirtschaft" kurzen Prozess zu machen.

Chance für Europa

Anfang 2014 strotzte allerdings die EU als Wertegemeinschaft nicht gerade vor Kraft und Selbstbewusstsein. Im gemeinsamen Haus – stellte die "Neue Zürcher Zeitung" fest – "streiten und diskutieren die Mieter durch viele Etagen, immer vor dem Hintergrund des Unbehagens, die eigenen Aufgaben mehr schlecht als recht zu erfüllen. Hinzu kommt, dass der amerikanische Wächter ebenfalls mit viel unfroher und unbeispielhafter Innenpolitik beschäftigt ist. Derweil der russische Renegat mit kalter Freude auf seinem Feldherrenhügel sitzt und die Muskeln reckt." Er könnte allerdings "sein Großreich dahin lenken, dass es wieder als ernste Gefahr für unsere Werte und Wirklichkeiten erkannt wäre, wogegen sich, wer weiß, im Abstoß am Ende doch noch ein identitär starkes und verantwortungskompetentes Europa formierte. Dieses wäre dann allerdings einer reichlich ungemütlichen Dialektik entsprungen und kaum mehr einfach eine Verfassung für den ewigen Frieden."

Der Aufstieg euroskeptischer Gruppierungen in allen mög-

lichen Kernländern der EU entgeistert alle, die im Geiste der christlichen Gründungsväter der alten Sechsergemeinschaft – Adenauer, Schuman, de Gasperi – erzogen wurden. In den Medien gehört es fast zum guten Ton, gegen das "Monstrum Brüssel" zu wettern, auch wenn Robert Menasse nachwies, dass die Bürokratie dieses Monstrums kleiner und effizienter ist als die der Städte Wien oder München. Zum Mantra wird auch die ständige Wiederholung, dass es weder einen europäischen Bürgersinn gebe noch eine europäische Öffentlichkeit, dass Demokratie nur im Rahmen eines Nationalstaates möglich sei und dass nur dieser den Auswucherungen der Globalisierung und der zynischen neoliberalen Wirtschaftsethik Paroli bieten könne.

Und dennoch wächst die EU der Zukunft aus eigener Kraft und nicht von Putins Gnaden. Die Debatte über ihre Reform ist voll entbrannt. Allein auf dem deutschen Büchermarkt sind in den letzten Monaten Dutzende von hochkarätigen Entwürfen, Memoranden, Analysen und Pamphleten erschienen: von Jürgen Habermas und Ulrich Beck, Martin Schulz und Horst Köhler, George Soros und Daniel Cohn Bendit, aber auch jüngeren – Ulrike Guérot, Robert Menasse, Werner Müller oder Dominik Geppert. Sie werden auch außerhalb von Deutschland gelesen, übersetzt und wahrgenommen. Eine europäische Öffentlichkeit gibt es vielleicht nicht, aber europäische Debatten über die Direktwahl des europäischen Präsidenten und die Befugnisse des Europäischen Parlaments, über eine Energieunion und nicht zuletzt über die angemessene Reaktion der Europäer auf Putins Marsch zurück in das 19. Jahrhundert durchaus. Aus diesem "herrschaftsfreiem Diskurs", auch über das heutige Russland, wird sich sicher ein Europa der Zukunft ergeben.

| Adam Krzemiński

Redakteur des polnischen politischen Wochenmagazins Polityka

Mehr hierzu finden Sie in dem Artikel "Alte und neue Imperien in Europa" in Ost-West, Europäische Perspektiven, 1/2014

Handel TTIP

TTIP - Staatsstreich durch die Hintertür?

Fairer Handel statt freier Handel

Der Katholikenrat im Bistum Trier hat eine Position zum Freihandelsabkommen TTIP formuliert.

Es geht um das viel zitierte Chlorhühnchen, das auch. Aber es geht um viel mehr. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, geht es um die Frage, ob künftig internationale Konzerne noch mehr als bisher schon bestimmen, wie die Welt aussieht oder demokratische legitimierte Staatsregierungen. Die Rede ist vom TTIP, von der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz, vom Freihandelsabkommen zwischen EU und USA. Es gibt Befürworter des Abkommens. Sie sprechen davon, dass durch die Beseitigung "nicht-tarifärer Handelshemmnisse", also durch noch mehr freien Handel mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze entstünden.

Einstimmiger Beschluss

Die Liste der Kritiker ist in den letzten Monaten immer länger geworden. Der Katholikenrat im Bistum Trier gehört dazu. Er hat gefordert, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen, weil das geplante Abkommen nach allem, was bisher bekannt geworden ist, "keinerlei Lösungsansätze für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts" enthalte. Den Beschluss fasste die Vollversammlung einstimmig. Dass die Verhandlungen anfangs gänzlich hinter verschlossenen Türen geführt und vor allem von den Lobbyisten der Konzerne bestimmt wurden, sei hier nur noch der Vollständigkeit halber erwähnt. Denn da im digitalen Zeitalter auf Dauer wohl nichts mehr geheim bleibt, sind die wesentlichen Inhalte des Abkommens mittlerweile durchgesickert – und sie verheißen das Schlimmste.

Angriff auf den Rechts- und Sozialstaat

Die Süddeutsche Zeitung hat am 10. Mai ein Pro und Contra zum Thema gebracht. Wir zitieren aus der Contra-Position von Heribert Prantl, weil er aus unserer Sicht die Dinge auf den Punkt bringt. "Hinter dem Chlorhühnchen versteckt sich einer der gefährlichsten Angriffe auf die demokratischen

Rechts- und Sozialstaaten, die es je gegeben hat. Das Freihandelsabkommen will exklusive Sonder- und Schutzrechte für Großinvestoren schaffen, welche die Parlamente binden und fesseln; wenn diese neue Gesetze erlassen, müssen sie künftig fürchten, dass ein Konzern wegen enttäuschter Gewinnerwartungen den Staat wegen ‚indirekter Enteignung‘ auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagt. Über diese Klagen sollen dann nicht die ordentlichen rechtsstaatlichen Gerichte, sondern private, geheim tagende Schiedsgerichte entscheiden, die mit privaten Anwälten aus internationalen Kanzleien besetzt sind." Dass die EU-Kommission die Verhandlungen über diese Art von "Investorenschutz" zwischenzeitlich ausgesetzt hat, war ein Schritt in die richtige Richtung. Doch es ist nicht zu erwarten, dass die Unternehmen von dieser Forderung abrücken werden, denn sie bildet den Kern ihrer Strategie.

Absenkung der Standards

Zum Wachstums- und Wohlstandsargument: Selbst die optimistischsten Studien gehen nur von einem Wirtschaftswachstum im Promillebereich aus und von 13 000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr in Deutschland. Dafür kauft sich die EU dann niedrigere Standards in zahlreichen gesellschaftlichen Feldern ein, für deren Niveau die Zivilgesellschaften Europas seit Jahrzehnten teils erfolgreich gekämpft haben.

Und ein Aspekt, der für uns Christen handlungsleitend sein sollte: Wir brauchen nicht noch mehr neoliberalen Handel, der auf Kosten der Armen geht. Wir haben die Märkte der Entwicklungsländer lange genug mit unseren überschüssigen Lebensmitteln kaputt gemacht und ihr Land benutzt, um kostengünstig Lebensmittel zu produzieren. Entwicklungshilfe versucht nur das zu reparieren, was eine verfehlte internationale Handels- und Agrarpolitik zuvor kaputt gemacht hat. Wir brauchen mehr fairen Handel statt eine Wirtschaft auf Kosten der Armen. Wir brauchen keine weitere Deregulierung und das freiwillige Abgeben von demokratisch legitimierten staatlichen Rechten und Pflichten. Die Politik muss endlich wieder die Kraft finden, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einer hemmungslosen kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur Grenzen setzen. Das TTIP ist dafür nicht nur ungeeignet, es ist der völlig falsche Ansatz.

| Bruno Sonnen und Manfred Thesing
Katholikenrat Trier



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Grenz-Verkehr Brücken bauen mit der Kollekte des Katholikentags

Lover-Boys, die schüchterne Schulmädchen auf dem Nachhauseweg umwerben und nach mehreren Wochen zur Prostitution überreden; Fußballtrainer, die ihre Jugendmannschaft zur Feier des Liga-Aufstiegs auf eine Tagesfahrt ins Casino und Flatrate-Bordell an die deutsch-tschechische Grenze einladen; "Madams", die in Reihenhäusern als Zuhälterinnen über mehrere Afrikanerinnen herrschen; Menschen-Händler, die als Spediteure getarnt junge Frauen und Männer aus Osteuropa mit großen Versprechungen locken und als "Frischfleisch" zur Zwangsprostitution in Wohnblock-Apartments abliefern ...

Was sich auf den ersten Blick anhört wie ein spannender Sonntagabendkrimi, ist in Deutschland seit Jahren auf der Tagesordnung von Ermittlungsbehörden und Beratungsstellen, wie Gerichtsverfahren und Statistiken auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene beweisen. Anders als man vermuten möchte, sind die oben genannten Beispiele weder frei erfunden noch stammen sie aus den Polizeiberichten großer Ballungsräume oder Großstädte. Im Gegenteil, alle eingangs geschilderten genannten Vorfälle sind angesiedelt in einem "gut katholischen" Gebiet, wie mancher so schön sagen würde, rund um Regensburg, also in den bayerischen Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz und in der benachbarten Tschechischen Republik.

Nach wie vor ist die Dunkelziffer im Opfer- wie im Täterbereich von Menschenhandel und Zwangsprostitution sehr hoch; die Fälle, die aktenkundig werden, sind nur die Spitze des Eisbergs, da Täter und Täterinnen mit ihren Anwälten

alles daran setzen, den rechtlichen Graubereich zwischen Legalität und Gesetzeswidrigkeit auszuschöpfen und ihre Opfer, Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, die zur Zeit bevorzugt aus Osteuropa und aus afrikanischen Ländern stammen, um jeden Preis einzuschüchtern. Dass Christinnen und Christen und speziell auch katholische Kirche angesichts dieser Realität nicht wegschauen und nicht schweigen können und wollen, zeigt die Kollekte des 99. Deutschen Katholikentags in Regensburg. Mit den Spenden der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird in der Region um Regensburg, in Nähe zur deutsch-tschechischen Grenze und in Kooperation mit Behörden und Initiativen vor Ort in den kommenden Monaten nach dem Katholikentag eine Beratungs- und Anlaufstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution eingerichtet.

Der Arbeitskreis "Menschenhandel und Zwangsprostitution" des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) Regensburg, der sich seit Jahren an einem Runden Tisch und mit Informationsabenden zur Sensibilisierung für dieses Thema in der Bevölkerung einsetzt, hat dafür den von Sr. Dr. Lea Ackermann gegründeten Verein SOLWODI e.V. (Solidarity with Women in Distress – Solidarität mit Frauen in Not) vorgeschlagen und die Verantwortlichen des Katholikentags für seine Initiative gewonnen. Auf der guten und erfolgreichen Basis und Expertise von SOLWODI soll in Regensburg zeitnah zum Katholikentag eine hauptamtlich besetzte Beratungsstelle eingerichtet werden, die sich in der Region für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution einsetzt. Als weitere Eckpfeiler der Arbeit dieser Anlaufstelle sind Schutzwohnungen für die Opfer geplant.

Auch wenn manchen diese Initiative angesichts der kriminellen Energien wie ein Tropfen auf den heißen Stein erscheinen mag, so kann genau dieser eine Tropfen für ein Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution die letzte Rettung sein und Kirche erweist sich damit einmal mehr, wie auch Papst Franziskus jüngst gefordert hat, als Kämpferin gegen "Verbrechen gegen die Menschheit".

Dr. Gabriele Zinkl

Offizialratsrätin Regensburg,
Leiterin Zentrum Frauen & Männer beim Katholikentag, Mitglied im Bundesvorstand des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB)

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner